

Kommunal Finanzen im Ruhrgebiet stärken heißt Sozialen Zusammenhalt und Demokratie stärken!

Liebe Freund*innen!

In der Pandemie erleben wir, dass die **kommunale Ebene hoch im Kurs steht**. Gesundheitsämter- und andere Verwaltungsmitarbeiter*innen stehen im direkten Kontakt mit Betroffenen, sorgen für Schutz und regeln mit hoher Flexibilität und viel Engagement, was geregelt werden muss. Nicht umsonst betont auch unser neues grünes Grundsatzprogramm, wie wichtig eine starke kommunale Ebene ist. **NUR: Leider münzt sich die große Wertschätzung nicht in Euros und Cent um. Im Gegenteil:**



Bei den **Kommunal Finanzen** hat sich in den letzten vier Jahren leider kaum etwas getan. Die **Zusatzkosten**, die überall für die Pandemiebekämpfung anfallen, zum Beispiel für zusätzliche Arbeitsplätze, Schutzmaßnahmen, Digitalisierung **bleiben an den Kommunen hängen**. Sie werden sich sogar noch - mit einem Bilanztrick im Haushalt als Vermögensposten isoliert - zu den horrenden **Altschulden** addieren, die auf den Ruhrgebietskommunen noch immer schwer lasten und die Handlungsspielräume in den Städten minimieren. Hinzu kommt, dass die kommunalen Steuern, die **konjunkturanfälligen Gewerbesteuern** und Gebühreneinnahmen, in den nächsten Jahren vorhersehbar **sinken** werden. Kurzum: Hier ist **akuter Handlungsbedarf!**

Nun verweist der Bund darauf, dass er doch neuerdings 75 statt 50 Prozent der **Soziallasten** übernimmt. Liebe Freundinnen und Freunde. Das kann es nicht sein! Es geht uns um **mehr als nur die Übernahme von Sozialkosten**, die der Bund selbst **bestellt und immer noch nicht voll bezahlt!** Gerade wir im Ruhrgebiet brauchen deutlich mehr. Wir brauchen flächendeckend Mittel für einen **aktivierenden Sozialstaat**. Wir erleben doch tagtäglich, wo überall **Streetworker*innen, Quartiersmanager*innen, Sozialarbeiter*innen** fehlen, die sich die finanzschwachen Städte im Ruhrgebiet nicht leisten können, obwohl wir genau wissen, dass sie **von vielen Menschen und in vielen Stadtteilen** dringend benötigt werden. Wir wissen, dass aktivierende **Quartierskonzepte** wirken und den **Zusammenhalt und Selbstheilungskräfte in schwierigen Stadtkonstellationen verbessern** können. Aber leider sind sie immer noch nur punktuell, nur im Rahmen von Förderprojekten für einzelne Stadtteile, finanzierbar. Frust und Neid in nicht begünstigten Nachbarstadtteilen ist vorprogrammiert. Deshalb: Wir brauchen **aktivierende Stadtteilprojekte** nicht im Rahmen punktueller Fördermaßnahmen, sondern **flächendeckend**. Wir brauchen **flexible finanzielle Handlungsspielräume** vor Ort!

Finanzfragen sind Machtfragen und letztlich auch Demokratiefragen. Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Städten und Gemeinden sind elementar für ein gut funktionierendes Gemeinwesen. Hier **in den Kommunen kann Demokratie gelebt werden**, sind gemeinsame Entscheidungen nachvollziehbar und ohne viel Bürokratie gut kontrollierbar. In den Bezirksvertretungen und in den Stadträten des Ruhrgebiets und vieler anderer finanzschwacher Kommunen in Deutschland heißt es aber leider bei viel zu oft, selbst bei kleinen sinnvollen und guten Vorschlägen: "Dafür ist kein Geld da". So genannte **"freiwillige", immens wichtige Aufgaben**, etwa in der **Kultur, Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Bildung und Soziales** haben das Nachsehen. Viel zu häufig müssen aufgrund der Finanznot auf der kommunalen Ebene Entscheidungen mit Zeitdruck vor Ort durchgepeitscht werden, weil "sonst Fördermittel wegfallen". **Lebendige Demokratie vor Ort braucht auch finanzielle Gestaltungsspielräume.**

Liebe Freundinnen und Freunde. Ich bin schon für viele **grüne Themen mit guten Erfolgen** angetreten. Für **Zukunftsinvestitionen** ohne Eigenmittel im Kreis Recklinghausen, für die **Direktwahl** des Ruhrparlaments beim RVR. Seit 2016 bin ich grüne Finanzausschussvorsitzende und Herne. Ich weiß, wie schlimm sich dauerhaft marode **Kommunalfinanzen** in allen kommunalen Politikbereichen auswirken. Mit diesem Wissen aus über 20 Jahren Kommunalpolitik im Kreis Recklinghausen, in der Stadt Herne und im Ruhrparlament möchte ich mich **als Treiberin für eine gute Finanzausstattung von Kommunen** im Bundestag einsetzen. Für eine solide Finanzausstattung in unseren Städten, mit der wir Grüne vor Ort Visionen umsetzen können. **Für eine grüne Politik, die Menschen** nicht nur mit dem Nötigsten versorgt, sondern **wirklich aktiv mitnimmt**. Dafür möchte ich mich für einen mittleren Platz auf der Bundestagsliste bewerben. Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung.

Vielen Dank!

Eure



Sabine von der Beck
KV-Herne (Einstimmiges Votum)

Bei Fragen: E-Mail: sabine@von-der-beck.de
Telefon 0170.383.0439

Zu meiner Person:

Ich bin Dipl.-Volkswirtin, verheiratet, 2 Kinder, 1 Enkelin, 57 Jahre alt.
Ich arbeite seit 1991 selbständig als PR-Beraterin und bin dabei seit 25 Jahren unter anderem als Pressesprecherin des Wissenschaftspark Gelsenkirchen tätig.

Zu den Grünen bin ich 1997 gekommen, 1998, 2005, 2013 und 2017 (2 x in Marl/Recklinghausen II, 2 x in Herne/Bochum II) bin ich als grüne Direktkandidatin für die Bundestagswahl angetreten.

Von 1999 bis 2009 war ich Mitglied der grünen Fraktion im Kreistag Recklinghausen, dort stellvertretende Landrätin / Fraktionsvorsitzende. Seit 2006 bin ich Mitglied im Ruhrparlament, davon 13 Jahre Fraktionsvorsitzende. Nach meinem Umzug 2010 nach Wanne-Eickel bin ich 2016 in den Rat der Stadt Herne nachgerückt. Seither leite ich dort den Finanzausschuss. Seit kurzem bin ich grüne Bürgermeisterin.

> www.sabine-von-der-beck.de